

**P6** Projekt 6: Immobilienspekulationen bremsen: gestaffelte Grunderwerbsteuer einführen

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

1 Immobilienspekulationen bremsen: gestaffelte Grunderwerbsteuer einführen

2 Wohnen ist ein Grundbedürfnis und keine Ware. Unser Ziel ist es, die Spekulation mit  
3 Wohnraum einzudämmen und die private Immobilienwirtschaft stärker an der Finanzierung einer  
4 sozial gerechten Stadtentwicklung zu beteiligen. Eine Möglichkeit sehen wir in einer  
5 Staffelung der Höhe der Grunderwerbsteuer, die beim Kauf von Wohnungen und Grundstücken  
6 anfällt. Wir wollen diese Steuer gemäß dem Zweck des Erwerbs unterschiedlich ausgestalten.  
7 Wenn es um den Einzelerwerb weniger Wohnungen oder Häuser geht, bleibt es bei der derzeit  
8 gültigen Höhe von sechs Prozent des Kaufpreises. Auch für Gesellschaften mit öffentlichen  
9 Zwecken, insbesondere für kommunale Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und andere  
10 gemeinwohlorientierte Akteur\*innen, bleibt es bei diesem Steuersatz. Bei primär  
11 gewinnorientierten Käufen größerer Grundstücke, Immobilien und Wohnungsbestände etwa durch  
12 Großinvestoren und Fondsgesellschaften dagegen wollen wir künftig einen abhängig vom  
13 Immobilienwert gestaffelten Steuersatz über sechs Prozent erheben. Damit bremsen wir  
14 Immobilienspekulationen und stärken die nicht-profitorientierte Wohnungswirtschaft, da Fonds  
15 und Konzerne einen bedeutenden Teil ihres Gewinns aus dem Immobilienhandel erwirtschaften.  
16 Besonders wichtig ist, der Praxis der sogenannten „Share Deals“ einen Riegel vorzuschieben.  
17 Denn bislang können Großinvestoren mit solchen Deals Grunderwerbsteuer in Millionenhöhe  
18 sparen, während Immobilienkäufe von Familien und Einzeleigentümer\*innen immer  
19 steuerpflichtig sind. Das muss aber auf Bundesebene geregelt werden.